



RATSINFO



Informationen aus den Sitzungen des Stadtrats vom November und Dezember 2015

Liebe Freunde der CDU-Ratsfraktion,

auch für die letzte Ausgabe der RATSINFO im Jahr 2015 habe ich mich für das inzwischen bewährte Instrument der Doppelausgabe entschieden - letztlich auch deshalb, weil jede Sitzung des Stadtrats derzeit gefühlt auf ein Thema hinausläuft: die neueste(n) Vorlage(n) zur Einrichtung von Unterbringungsstandorten. Diese Monothematik tut dem Stadtrat, und allgemein unserer Stadtgesellschaft, alles andere als gut; vom gereizten Umgangston bis hin zum fast schon vergifteten Klima haben Viele verlernt, miteinander zu diskutieren. Beständig versuchen wir, zu versachlichen und entgegenzuwirken - mal mit Erfolg, mal - naja...

CDU-Anträge zum Vormundschaftswesen und zum Verzicht auf Nachtabschaltung des Lichts

Zur Stadtratssitzung im November standen neben vielen unstrittigen Themen (u.a. diverse Wirtschafts- und Bebauungspläne) auch streitbare Punkte, z.B. die erneute Steigerung der Sozialticket-Zuschüsse, auf der Tagesordnung. Zudem hatte die CDU-Fraktion zwei eigene Anträge eingebracht: Zum einen den Antrag „Leistungsfähige Strukturen des Vormundschaftswesens erhalten“, der - von uns bereits im Mai(!) eingebracht - endlich beschlossen werden konnte. Ziel unserer damals schon vorausschauenden Idee war es, aufgrund der beständig ansteigenden Fallzahlen an vormundschaftspflichtigen Kindern (sowohl Deutsche als auch Unbegleitete minderjährige Ausländer, kurz: UMAs) ein ganzheitliches Konzept zu erarbeiten. Dieses sieht vor, neben den beruflichen und amtlichen Betreuern auch eine ehrenamtliche Vormundschaftsbetreuung mit hoher Qualität in Dresden zu etablieren und die Stadt so zukunftsfähig für die kommenden Herausforderungen der vielen hilfsbedürftigen Kinder zu machen. Der Antrag wurde mit 57 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen beschlossen.

Ganz besondere Beachtung fand aber vor allem unser Antrag zum „Verzicht auf Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung in Dresden“, mit dem wir einen Beitrag zur Steigerung der Sicherheit in unserer Stadt leisten wollten. Denn mit diesem Wunsch hatten sich zuvor (und auch seitdem) viele Bürger an uns gewandt.

Im Vorfeld hatten Grüne und SPD Kritik geübt, denn angeblich hätten wir „keinen Deckungsvorschlag für die dafür nötigen rund 600.000 Euro vorgelegt“. Unser Finanzierungsvorschlag war allerdings relativ klar: „Die sich aus dem Verzicht auf die Nachtabschaltung ergebenden höheren Stromkosten dürften sich in einem Rahmen bewegen, der nach Ende der Haushaltssperre aus dem laufenden Haushalt finanziert werden kann. Sollte es dennoch zu einer Unterdeckung kommen, ist auf die dargestellten Reserven aus der Personalbewirtschaftung zurückzugreifen (Personalkosten- und Stellenmonitoring vom 12. August 2015).“

Leider war Rot-Rot-Grün die Sicherheit der Bürger sowie auch die der unterzubringenden Menschen dies nicht wert, sodass man einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion beschloss. Diese modifizierte unseren Antrag in der Form, dass nicht etwa in der aktuell dunklen Jahreszeit das Licht angeschaltet wird, sondern dass die Verwaltung erst einmal bis zum März prüfen soll, wo dies denn überhaupt notwendig sei. Bis dahin werden die Tage wieder länger und es bleibt zu hoffen, dass der von Prof. Patzelt vorhergesagte „Winter der Gewalt“ nicht kommt - mangelnde Beleuchtung an mancher Ecke hin oder her...

Das schwere Hauptthema: Asyl und Unterbringung

Wie schon in so mancher Sitzung zuvor bekam der Stadtrat auch dieses Mal eine Vorlage zur Unterbringung von Asylbewerbern auf den Tisch. Dieses Mal ging es um die Försterlingstraße 20, welches für 168 Menschen geplant und über Wochen mit diesem Quantum kommuniziert wurde; ein Vorschlag übrigens, der einst von CDU und FDP als Alternative zum Hotel „Prinz Eugen“ in Laubegast ins Spiel gebracht wurde. Mittlerweile ist das Hotel fast fertig vorgerichtet, die ersten Asylbewerber sollen im Januar/Februar 2016 einziehen. Die Försterlingstraße kommt nun trotzdem - schlicht aufgrund der nach Deutschland strömenden Massen. Als CDU-Fraktion sind wir uns unserer Verantwortung bewusst, die Herausforderungen lösen zu müssen - und so wollten wir auch der Försterlingstraße zustimmen. Doch als OB Hilbert per





- 2 -

RATSINFO



CDU

FRAKTION IM STADTRAT DER
LANDESHAUPTSTADT DRESDEN

spontan und mündlich eingebrachtem Änderungsantrag aus den 168 Bewohnern plötzlich 398 Bewohner machte, war die Verblüffung bei uns groß. Noch eine Woche zuvor hatte die Stadt in einer offiziellen Einwohnerversammlung von 168 asylsuchenden Menschen gesprochen. Dass sich die Anwohner vor Ort da für dumm verkauft vorkommen, wenn sieben Tage später mehr als doppelt so viele Unterbringungsplätze beschlossen werden, ist dabei offen gesagt mehr als nur verständlich. Den Änderungsantrag mit dieser Belegung lehnten wir ab, Rot-Rot-Grün beschloss - allen Bedenken zum Trotz - diese für den Standort viel zu große Einrichtung.

Die „schweren Geschütze“ bot die Stadtverwaltung allerdings erst zur Dezembersitzung des Stadtrats auf: drei Hotels für ca. 1.500 Menschen sollten jeweils auf drei Jahre für insgesamt knapp 50 Mio. Euro angemietet werden. Zudem sollten an der Altenberger Straße und Washingtonstraße sowie am Zelleschen Weg drei „Containerdörfer“ für knapp 1.400 Menschen eingerichtet werden (ca. 510 Altenberger Straße, 560 Washingtonstraße und 290 Zellescher Weg); der Kostenpunkt: ca. 39 Mio. Euro als Einmalzahlung, also Folgekosten nicht mitgerechnet.

Während wir freilich nicht vollauf begeistert waren über die Vorschläge der Verwaltung, ist uns deren brenzlige Lage angesichts der Vielzahl an uns als Landeshauptstadt zugewiesenen Menschen bewusst - wir baden auf kommunaler Ebene die freigiebige „Willkommenspolitik“ der Bundesregierung aus und müssen den Asylbewerbern eine menschenwürdige und winterfeste Unterkunft bieten, das steht nicht zur Disposition. Dass es aber mit jedem größeren Standort schwieriger wird, das Verständnis der Bevölkerung zu wahren, geschweige denn die Herzen der Menschen für diese Anliegen zu gewinnen, steht ebenfalls außer Frage, betrachtet man die Stimmung in der Stadt.

Daher wollten wir Teil der Lösung, nicht Teil des Problems sein und hatten insgesamt 5 Änderungsanträge zu verschiedenen Standorten vorbereitet bzw. eingebracht (beispielsweise für die Altenberger Straße das nebenstehende Auslagerungs-Schulgebäude in Gänze, also neben dem EG noch den 1. & 2. Stock, zu ertüchtigen und als Alternative zum „Containerdorf“ für über 500 Personen neben einer evangelischen Schule das „Schokopack-Hochhaus“ als Standort zu wählen und entsprechend auszubauen). Keiner der Anträge wurde von RRG in irgendeiner Weise beachtet, stattdessen überraschte man den Stadtrat mit dem Beschluss, die Containerstandorte vorerst zurückzustellen bzw. zu vertagen, bis - salopp gesagt - irgendwem irgendetwas Besseres eingefallen ist. Die Hotelstandorte wurden hingegen mit Änderungen (z.B. Laufzeit) beschlossen.

OB Hilbert hatte zuvor klar gemacht: Die Nichtbestätigung von so großen Standorten bedeutet für die Stadt im Zweifelsfall die Einrichtung von Notnagel-Alternativen. Es steht also zu befürchten, dass - so die Zuweisungszahlen in den kommenden Wochen nicht signifikant sinken oder sich weitere private Unterbringungen organisieren lassen - tatsächlich auf Turnhallen oder weitere große Räumlichkeiten zurückgegriffen werden muss. Das wäre dann die schlimmste Variante sowohl für die Dresdner als auch für die asylsuchenden Menschen. Turnhallen oder ähnliches können keine Lösung sein. Es bleibt zu hoffen, dass sich alle Beteiligten - vom kommunalen Verantwortungsträger bis hinauf zur Bundesspitze bzw. gar der Europäischen Union - vergegenwärtigen, in welcher Situation wir seit Monaten agieren und was uns noch bevorsteht. Eine besinnliche Weihnachtszeit bietet Möglichkeiten, Dinge Revue passieren zu lassen und nachzudenken.

Hoffnungsvolle Grüße und ein frohes Weihnachtsfest
Ihr/Euer Peter Krüger

